

Der Bundesminister für Wirtschaft

Bonn, den 24. Juni 1957

III - 0189/57

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Energiebilanz des Bundesgebietes

Bezug: Kleine Anfrage 363 der Fraktion der CDU/CSU  
- Drucksache 3602 -

Als Antwort auf die Kleine Anfrage 363 lege ich den beigefügten Bericht vor, in welchem die Ergebnisse der im vorigen Jahre angestellten Untersuchungen des Bundesministeriums für Wirtschaft zur künftigen Entwicklung der Energiebilanz des Bundesgebietes zusammengefaßt sind.

Dr. Erhard

## Bericht

### zur Entwicklung des Energiebedarfs des Bundesgebietes bis 1965 und seiner Deckungsmöglichkeiten

Die gegenwärtige Energieentwicklung ist nicht nur in der Bundesrepublik durch Knappheit an heimischer Kohle, durch steigende Einfuhren von US-Kohle, Rohöl und Heizöl sowie durch stark zunehmenden Verbrauch an Elektrizität und Gas gekennzeichnet. Die Sicherung der künftigen Energieversorgung ist daher von drängenden und allgemeinem Interesse, zumal unterschiedliche Meinungen über die künftige Bedeutung der Atomenergie vertreten werden.

Zur Beratung der Grundfragen über die Entwicklung des künftigen Bedarfs an Primärenergie (Steinkohle, Rohbraunkohle, Erdöl, Wasserkraft, Atomenergie, ferner: Brennholz, Pechkohle, Torf und Erdgas) in der Bundesrepublik und seiner Deckungsmöglichkeiten haben im Bundesministerium für Wirtschaft im Jahre 1956 eine Reihe von Besprechungen mit Persönlichkeiten aus den einzelnen Zweigen der Energiewirtschaft und der IG-Bergbau stattgefunden. Die wesentlichen Ergebnisse dieser Besprechungen sind nachstehend knapp zusammengefaßt. Sie bedürfen einer laufenden Überprüfung anhand der tatsächlichen Entwicklung.

Bei den angegebenen Schätzungen des künftigen Bedarfs an Primärenergie und ebenso bei den veranschlagten größenordnungsmäßigen Beiträgen der einzelnen Energiequellen zu seiner Deckung handelt es sich weder um Voraussagen noch um Planungsziffern.

Das Schwergewicht der Besprechungen lag eindeutig auf der Seite der Entwicklung des mengenmäßigen Angebotes an Energie in ihren einzelnen Arten. Demzufolge blieb die andere Seite des Problems weitgehend ausgeklammert, nämlich die Einschätzung der künftigen Entwicklung der Produktionskosten, der Verteilungskosten (Transport) und der Preise der verschiedenen Primärenergiearten

inländischer oder ausländischer Herkunft. Dies sind die Faktoren, welche die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung bestimmen und im Rahmen des Energiewettbewerbs zur Geltung kommen. Die Frage, welche Einflüsse sich von der Nachfrage der Energieverbraucher her auf die Entwicklung der Zusammensetzung des Energieangebotes ergeben, wurde nicht vertieft.

Diese Einschränkungen (die übrigens alle neueren Arbeiten dieser Art teilen) zeigen, daß diese Vorschau auf die Entwicklung der Energiebilanz nicht das eigenverantwortliche Verhalten der Energiewirtschaft selbst bei der Einschätzung künftiger Marktverhältnisse und Marktchancen ersetzen kann und soll. Das gilt sowohl für die Gestaltung der Energiepreise als auch für die Investitionen auf den einzelnen Energiegebieten.

Dementsprechend ging es bei den energiewirtschaftlichen Untersuchungen und Besprechungen des Bundesministeriums für Wirtschaft um das Abstecken eines vernünftig erscheinenden Rahmens, der die auftretenden energiepolitischen Probleme der Energiebedarfsdeckung für die kommenden zehn Jahre genügend erkennen läßt.

#### 1. Vorschau auf den Energiebedarf des Bundesgebietes bis 1965

Der gedeckte Bedarf der Bundesrepublik an Primärenergie betrug im Kohlenwirtschaftsjahr 1954/55 rd. 188 Millionen t Steinkohleneinheiten. An der Deckung dieses Bedarfs, der auch die Exportmengen einschließt, waren die heimischen Energiequellen mit rd. 167 Millionen t SKE beteiligt, während 21 Millionen t SKE eingeführt wurden. (Die Zusammensetzung nach Energierarten zeigt die Bilanz Seite 3.)

Nach einer Schätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft ergibt sich für das Jahr 1965 ein Bedarf an Primärenergie in Höhe von 245 Millionen t SKE. Das bedeutet eine Steigerung um 57 Millionen t SKE oder rd. 30 v. H. in einem Zeitraum von rd. zehn Jahren.

Dieser Schätzung liegen folgende Hypothesen zugrunde:

1. Die durchschnittliche Jahreswachstumsrate des Sozialproduktes beträgt - jeweils auf das Vorjahr bezogen - etwa 4,5 v. H.

Die einzelnen Jahresraten können natürlich von diesem Durchschnittssatz nach oben oder unten abweichen. Die in den letzten Jahren sehr steile Expansionskurve dürfte im Trend der künftigen Entwicklung allmählich flacher verlaufen.

2. Der Steigerungskoeffizient für den Bedarf des Inlands an Primärenergie ist 62/100 bezogen auf die Steigerung des Sozialprodukts. Das führt zu einer durchschnittlichen Jahreswachstumsrate des inländischen Primärenergiebedarfs von etwa 2,8 v. H. (jeweils vom Vorjahr).

Die Wahl des Koeffizienten erfolgte auf der Basis von Erfahrungswerten der Energiebilanzen 1950 bis 1954.

3. Der Export von Primärenergie bleibt bis 1965 in etwa konstant auf dem Niveau von 1954/55.

Nach verschiedenen Prüfungen ergab sich in den Besprechungen Übereinstimmung, diese unter Verwendung bestimmter Hypothesen erarbeitete Schätzung als brauchbare Grundlage für die weiteren Überlegungen zu den Deckungsmöglichkeiten des Bedarfs an Primärenergie zu übernehmen. Hierzu konnte festgestellt werden, daß von anderer Seite geführte Energieuntersuchungen auf verschiedenen Wegen zu nahe beieinanderliegenden ähnlichen Ergebnissen hinsichtlich des Wachstums des künftigen Energiebedarfs gelangen; so die der OEEC für die Gesamtheit der OEEC-Länder („Europas Energiebedarf, sein Anwachsen, seine Deckung“, deutsche Über-

setzung Bonn 1956) - der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft VIK („Die zukünftige Entwicklung des westdeutschen Verbrauchs an Primärenergie“, im Tätigkeitsbericht 1954 der VIK) - der Esso AG („Der westdeutsche Energiebedarf bis 1965 und seine Deckung“, Hamburg 1955).

## 2. Künftige Entwicklung der heimischen Energiequellen

Die Ausweitungsmöglichkeiten der heimischen Energiequellen wurden in den Besprechungen für die einzelnen Zweige der Primärenergie für das Jahr 1965 wie folgt geschätzt (in Klammern die Vergleichsziffern 1954/55):

	<u>in absoluten Einheiten</u>	<u>in Millionen t SKE</u>
Steinkohle	(130 ) 150 Millionen t	(130 ) 150
Rohbraunkohle	( 89 ) 121 Millionen t	( 25,8 ) 35
Erdöl	( 2,8 ) 5,5 Millionen t	( 4,0 ) 8
Wasserkraft	( 11 ) 17 Milliarden kWh	( 1,8)* ) 3*)
Erdgas	(150 ) 800 Millionen cbm	( 0,2 ) 1
Pechkohle, Torf, Brennholz	( 6,2 ) 6,2 Millionen t	( 3,0 ) 3
		<u>(165+2** ) 200</u>

Als Hauptprobleme, die bei der Verfolgung dieser Ziele auftreten, zeichneten sich ab:

### a) Steinkohle

(1) Verfügung über ausreichende Investitionsmittel bzw. Vorhandensein eines ausreichenden Investitionsanreizes, und zwar sowohl für die Rationalisierung bestehender Untertageanlagen (Schaffung von Zentralförderanlagen) als auch für die Niederbringung neuer Anschlußschächte und Förderschachtanlagen. Dazu wird es einmal für notwendig erachtet, die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten auszurichten, was grundsätzlich die Entscheidung für freie Kohlenpreise im Rahmen des Energiewettbewerbs bedeutet. Zum anderen stellt sich das Problem einer der Eigenart des Stein-

\*) Umgerechnet unter Zugrundelegung des Turbinen-Wirkungsgrades. Es kann auch von dem Äquivalent des spezifischen SKE-Verbrauchs je kWh in Wärmekraftwerken ausgegangen werden; es ergibt sich dann eine SKE-Rechnung von 6,5 Millionen t für 1965 bzw. 4,4 Millionen t für 1954/55.

\*\* ) 2 = Entnahmen von Halden

kohlenbergbaus Rechnung tragenden steuerlichen Behandlung der Abschreibungen für das Untertagevermögen, wobei das besondere bergbauliche Risiko der langfristigen Investitionsvorhaben eine angemessene Berücksichtigung erfordert.

(2) Verfügung über genügend Arbeitskräfte. Bei der großen Bedeutung der menschlichen Arbeit im Steinkohlenbergbau bilden Erhaltung und regelmäßiger Ausbau der Belegschaften zusammen mit einer laufenden Verbesserung der Schichtleistung um etwa 50 kg je Mann und Schicht im Jahr das Schlüsselproblem für eine Fördersteigerung. Diese Steigerung wird im übrigen wesentlich von den Modalitäten der Arbeitszeitverkürzung abhängig sein.

#### *b) Braunkohle*

(1) Möglichkeiten einer zügigen Finanzierung des sehr hohen Investitionsaufwandes, der sich insbesondere im Zusammenhang mit der fortschreitenden notwendigen Erschließung neuer Tieftagebaue ergibt. Eine forcierte Nutzung dieser wirtschaftlichsten Energiequelle des Bundesgebietes würde steuerliche Maßnahmen erfordern.

(2) Eine den energiewirtschaftlichen Notwendigkeiten ausreichend Rechnung tragende Lösung vor allem des Grundwasserproblems im Zusammenwirken zwischen Bund und Landesregierung (Braunkohle-Gesetz und in Vorbereitung befindliches Erftverband-Gesetz).

#### *c) Wasserkraft*

Beschaffung relativ sehr hoher und langfristiger Kapitalien in Höhe von schätzungsweise 2,8 Milliarden zu tragbaren Zinsbedingungen in dem genannten Zehnjahreszeitraum. Die künftige Situation am Kapitalmarkt ist hier von besonderer Bedeutung.

#### *d) Erdöl*

Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem eingeführten Erdöl.

Da insbesondere die neue Entwicklungsstufe der Erdölaufschlußstätigkeit in sehr viel größeren Teufen bis zu 4000 m (ab 1957) erhebliche Mittel erfordert, werden die Kosten auch künftig über dem Preis für Einfuhröl liegen. Deshalb müßte eine ausreichende

Schutzzollregelung bestehen bleiben, wenn eine entsprechend große einheimische Produktion erfolgen soll. Gegebenenfalls würde zu prüfen sein, ob zwecks Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem eingeführten Rohöl Subventionen unvermeidbar wären. (Beide Maßnahmen setzen ein Interesse an einer einheimischen Mindestversorgung aus Gründen der Sicherheit voraus.)

#### *e) Erdgas*

Die eigentliche Erdgasgewinnung steht in der Bundesrepublik erst am Anfang. Bisher wurde Erdgas größtenteils als Nebenprodukt bei der Erdölgewinnung gefördert. Neuerdings hat die Industrie eine besondere Explorations-tätigkeit auf Erdgas verstärkt in Angriff genommen. Die weitere Entwicklung ist bisher nur schwer abzuschätzen.

### 3. Die Bedeutung der Atomenergie

Es war die überwiegende Meinung des Besprechungskreises, daß die Atomenergie in die Beratungen noch nicht einzubeziehen sei, weil nach den bisherigen Eindrücken davon ausgegangen werden könne, daß die Atomenergie im Zeitraum bis 1965 einen nennenswerten Beitrag zur Energiebedarfsdeckung des Bundesgebietes noch nicht erwarten lasse.

In diesem Zusammenhang ist auf die Auffassung des Herrn Bundesministers für Atomfragen besonders hinzuweisen \*). Danach verläuft die technische Entwicklung auf dem Atomgebiet unter einer Art perspektivischer Verkürzung. Was heute noch nicht bis zur technischen Reife entwickelt ist, kann früher, als zunächst vorgesehen, für eine Verwirklichung reif werden, doch darf auch hierbei nicht übersehen werden, das für Leistungsreaktoren mit einer Planungs- und Bauzeit von fünf Jahren zu rechnen ist.

### 4. Der Trend zu einer passiven Energiebilanz

Die aus den oben genannten Schätzungen abzuleitende Entwicklung der Energiebilanz für die Bundesrepublik bis 1965 läßt sich durch folgende Übersicht veranschaulichen:

\*) vgl. auch Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9. Januar 1957

- in Millionen t SKE -  
 1954/55 1965 Steigerung in  
 diesem Zeitraum

	1954/55	1965	Steigerung in diesem Zeitraum
Primärenergiebedarf (Ausfuhrentwicklung im ganzen als konstant unterstellt)	188	245	+ 57
Deckung aus heimischen Quellen	167	200	+ 33
Deckung aus Einfuhren	21	45	+ 24

Danach könnten zwar im Jahre 1965 rd. 60 v. H. des geschätzten Bedarfszuwachses an Primärenergie aus heimischen Quellen Deckung finden. Andererseits müßte aber die Energieeinfuhr um mehr als das Doppelte gegenüber 1954/55 gesteigert werden, wo sich im übrigen Ein- und Ausfuhr von Energie noch etwa die Wage hielten.

Damit tritt als Hauptergebnis deutlich hervor, daß die energiewirtschaftliche Lage der Bundesrepublik insofern eine tiefgreifende Veränderung erfährt, als die seit Jahrzehnten durch einen hohen Kohlenausfuhrüberschuß aktive Energiebilanz im Trend der kommenden Jahre einen immer stärkeren Zug zur Passivierung aufweisen wird.

Unter diesen Umständen gewinnt die verstärkte Ausnutzung und Entwicklung der heimischen Energiequellen - einschließlich der Atomenergie - erhöhte Bedeutung, soweit das mit der grundsätzlichen Forderung einer wirtschaftlichen Deckung des Energiebedarfs vereinbar ist.

#### 5. Die Einbeziehung der Saar in die Energiebilanz; Aspekte der Wiedervereinigung und internationaler Beziehungen

Die Beratungen konnten nur auf den Raum des Bundesgebietes nach dem Stande vom 31. Dezember 1956 abgestellt werden. Mit der Rückgliederung des Saarlandes ab 1. Januar 1957 zeichnen sich einige wesentliche Veränderungen für die Gestaltung der Energiebilanz des Bundesgebietes ab, da die Saarkohle in die heimischen Energiequellen einzubeziehen ist. Die Steinkohlenförderung des Saargebietes betrug 1954 rd. 17 Millionen t. Davon verblieben rd. 7 Millionen t im Saarland, während 3,6 Millionen t Steinkohle und Koks in das Bundesgebiet, 4,6 Millionen t

nach Frankreich und 1,7 Millionen t nach anderen Ländern geliefert wurden. Es wird Aufgabe der künftigen Untersuchungen sein, die Saarkohle in die Energiebilanz der Bundesrepublik einzubeziehen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten in den kommenden zehn Jahren und die Voraussetzungen hierzu besonders zu klären.

Obgleich die Unterlagen dazu noch nicht vollständig sind, wird in der Anlage des Berichts eine erste Vorschau auf die Gesamtenergiebilanz des Bundesgebietes unter Einfluß des Saarlandes dargestellt.

Bei einer Energievorschau bis 1965 muß beachtet werden, daß die energiewirtschaftlichen Überlegungen durch zwei politische und wirtschaftliche Fragenkomplexe erheblich modifiziert werden können. Einmal wird sich durch die Wiedervereinigung ein neues Bild ergeben, sowohl infolge der Einbeziehung der energiewirtschaftlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten der sowjetisch besetzten Zone als auch infolge gewisser Veränderungen außenwirtschaftlicher Gegebenheiten, die mit der Wiedervereinigung vermutlich verbunden sind. Zum ändern können sich aus der Weiterentwicklung und Neuformung zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen, vor allem durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes und Euratoms sowie einer Freihandelszone wesentliche Veränderungen für die weitere Gestaltung der nationalen Energiebilanzen ergeben. Bei der Beurteilung der in der Energiebilanz verwendeten Hypothese einer konstanten Energieausfuhr ist diese Möglichkeit besonders zu berücksichtigen.

#### 6. Einfuhr von Rohöl und Heizöl für die künftige Energiebedarfsdeckung

Bezogen auf das Jahr 1954 strebt die Mineralölindustrie bis 1965 weitgesteckte Ziele an und zwar:

eine Erhöhung des Rohöldurchsatzes von 10,3 Millionen t auf 30 Millionen t mit entsprechender Ausweitung der Kapazitäten, eine Steigerung der Rohöleinfuhren auf mehr als das 4-fache von 1954, nämlich auf 24,5 Millionen t, während 5,5 Millionen t aus dem heimischen Erdöl zu decken wären,

eine Steigerung der Heizölherzeugung aus Rohöl um das 10-fache, nämlich auf 15 bis 16 Millionen t, und zwar durch Erhöhung des Verarbeitungsanteils „Heizöl“ von heute etwa 20 v. H. auf 50 v. H. gegenüber den Verarbeitungsanteilen Benzin und Gas-/Dieselöl.

In der Beschaffung des erforderlichen Rohöls wurden von der Mineralölindustrie keine Schwierigkeiten gesehen. Es wurde weiter erklärt, daß etwa noch darüber hinaus benötigte Heizölmengen im Einfuhrwege Deckung finden könnten. Bei allem soll das Heizöl die heimische Kohle nicht verdrängen, sondern sie ergänzen.

Hinsichtlich der Transportfrage ergab sich, daß die demnächst zu bauende überdimensionierte Rohölleitung mit dem Ausgangspunkt Wilhelmshaven bis in das Ruhrgebiet 1958 fertiggestellt werden und zunächst einen Rohöldurchlauf von 13 Millionen t/Jahr haben soll.

Als Voraussetzung für die Verwirklichung der Pläne der Mineralölindustrie hat zu gelten, daß die bisherigen, die Entwicklung dieses Energieträgers kennzeichnenden Elemente der Unabhängigkeit und der Bewegungsfreiheit auch in Zukunft voll zur Auswirkung kommen.

#### Anmerkung

Zum 1. Juli 1956 wurde der Heizölzoll von bis dahin 15 DM/t abgeschafft. Damit wurde das Heizöl von einer besonderen Belastung befreit und der Weg für seine Entwicklung als ein beachtlicher Ergänzungsfaktor für die künftige Deckung des Energiebedarfs geebnet.

Im Interesse einer Frachtverbilligung wurden die zulässigen Kontraktfristen für Heizöleinfuhren von bisher 18 Monaten auf 3 Jahre erstreckt.

Die Suez-Krise und die damit ausgelösten Schwierigkeiten der Ölzufuhren für die westeuropäischen Länder zeichneten sich im Zeitpunkt der Energiebesprechungen noch nicht ab. Dadurch dürfte sich langfristig auch nichts in der Beurteilung des Faktors Heizöl für die Energiebilanz der Bundesrepublik ändern. Allgemein haben jedoch die Auswirkungen der Suez-Krise, von denen die Bundesrepublik allerdings weit-

gehend verschont geblieben ist, den Akzent, der auf den Gedanken der Sicherheit der Energieversorgung aus heimischen Quellen gelegt werden kann, stärker hervortreten lassen.

#### 7. Der Ausgleich der Energiebilanz 1965

Wenn die Kohleneinfuhr 1965 etwa die gleiche Größenordnung haben würde wie 1954/55, nämlich rd. 11 Millionen t SKE (davon nur 2,6 Millionen t US-Kohle), dann könnte eine Rohöleinfuhr in Höhe von 24,5 Millionen t = rd. 34 Millionen t SKE die Einfuhrlücke 1965 bereits voll decken (11 + 34 = 45 Millionen t). Dabei sind die Möglichkeiten der Entwicklung anderer Energieeinfuhren nicht berücksichtigt, vor allem nicht die Möglichkeit eines höheren Einfuhranteils der US-Kohle.

Zu der Möglichkeit des Ausgleichs der Energiebilanz 1965 vornehmlich durch eine gesteigerte Einfuhr von Rohöl traten bei den Besprechungen zwei Meinungen besonders hervor. Es wurde eingewendet, daß die technische Ersetzbarkeit (Substitution) von Kohle durch Öl bei der Verwendung durch die Verbraucher mehr oder weniger voll unterstellt werde, was nicht zutrefte. Dem wurde entgegengehalten, daß von dem durch inländische Steinkohle und Heizöl insgesamt im Jahre 1965 schätzungsweise zu bestreitenden Brennstoffbedarf etwa nur ein Fünftel auf das Heizöl entfallen und sich damit das Substitutionsproblem kaum stellen dürfte.

Es wurde weiter, insbesondere von den Vertretern des Steinkohlenbergbaus, hervorgehoben, daß im Interesse der Elastizität die Energieeinfuhr nicht zu einseitig nur auf das Öl abgestellt werden dürfe. Hierzu erfolgte ein Hinweis, daß aus dem Kreise des Steinkohlenbergbaus eine Initiative ergriffen worden sei, selbst auf dem Gebiet der US-Kohleneinfuhr tätig zu werden, und zwar auf der Grundlage des Erwerbs moderner Schiffe, was eine erhebliche Frachtverbilligung verspreche.

Frachtersparnis und die Wahrscheinlichkeit auf längere Sicht relativ stärker steigender inländischer Kohlenpreise machen offenbar die langfristigen US-Kohlenkontrakte kommerziell interessant. Diese Entwicklung läßt die in den Energiebesprechungen behandelte Hypothese, daß 1965 die Kohleneinfuhr etwa den gleichen Umfang habe wie im Jahre 1954 (11 Milli-

onen t insgesamt, davon 2,6 Millionen t US-Kohle) zweifelhaft erscheinen. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die gesamte Kohleneinfuhr 1965 eher bei 20 Millionen t liegt (Saarlieferungen noch mit eingerechnet), wovon 8 bis 10 Millionen t auf US-Kohle entfallen könnten.

Sieht man daneben die Pläne der Mineralölindustrie, insbesondere mit ihrer großen Steigerung der Heizölherzeugung bis 1965, so dürfte sich damit für die bisherige Energiebilanzschätzung die Möglichkeit einer erheblichen wettbewerblichen Verringerung der Anteile der heimischen Primärenergiequellen, der US-Kohle und des aus eingeführtem Rohöl erzeugten Heizöls an der Deckung des Energiebedarfs abzeichnen.

#### Anmerkung

Durch die Bundesregierung wurden im Verlaufe des Jahres 1956 die zulässigen Kontraktfristen für die Einfuhr von US-Kohle von 18 Monaten auf 3 Jahre ausgedehnt. Die dadurch zu erzielende Frachtverbilligung hat zu einer erheblichen Verstärkung der langfristigen Eindeckung mit US-Kohle durch Importeure und Verbraucher geführt. Nach bisherigen Feststellungen sind für die Zeit vom 1. Januar 1957 bis 30. April 1960 private Einfuhrkontrakte für US-Kohle über insgesamt 34 Millionen t geschlossen worden. Darüber hinaus existieren Kontrakte mit noch längeren Fristen, deren Umfang nicht bekannt ist.

### 8. Steigende Energieeinfuhren und Zahlungsbilanz

Der im Rahmen der oben dargelegten Einfuhrschätzung für 1965 erforderliche Devisenaufwand für Rohöl und US-Kohle beträgt, zu Preisen vor der Suez-Krise grob gerechnet, rd. 2,6 Milliarden DM. Das wäre etwa das 3-fache des Aufwandes für diese beiden Posten im Jahre 1954 und das Doppelte des Aufwandes im Jahre 1955.

Seitens des BMW wurde hierzu folgende Auffassung vertreten:

Die erhebliche Zunahme der Energieeinfuhr bis 1965 müßte zahlungsbilanzmäßig dann problematisch erscheinen, wenn diese Einfuhren mehr oder weniger in US \$ und zwar nach USA zu bezahlen wären.

Die Bundesrepublik wird auch in Zukunft stark auf die Ausfuhr angewiesen sein. Die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt hängt aber wesentlich von den Kosten der Primärenergie ab.

Ferner bedingt die Pflege der Absatzmärkte eine hinreichend starke Einfuhrkraft. Dabei wird nicht nur allgemein die Einfuhr von Rohprodukten vor derjenigen von Fertigprodukten zu bevorzugen sein, sondern auch die Einfuhr, die am weitesten gestreut ist, da der US-Markt für die Ausfuhren der Bundesrepublik eine relativ geringere Entwicklungschance bieten dürfte. So gesehen erscheint eine stärkere Hinwendung zur Rohöleinfuhr geeigneter für die günstige Entwicklung der Handelsbilanz als eine ausgeprägte Entwicklung zur US-Kohle hin, auch wenn unterstellt wird, daß das devisenmäßige Aufteilungsverhältnis bei der Rohöleinfuhr von heute, d. h. etwa je zur Hälfte auf \$ und £ Sterling, auch in Zukunft bestehen bleibt.

Ein Einfuhrbedarf an Energie 1965 in der oben geschätzten Größenordnung und mit einer Verstärkung des Rohölanteils braucht daher zahlungsbilanzmäßig nicht gescheut zu werden.

### 9. Bedeutung der Steigerung der heimischen Energiequellen

Einfuhrbedarf an Energie und Devisenaufwand werden in den oben dargelegten und immerhin schon beträchtlich ausgeweiteten Grenzen bis 1965 nur dann gehalten werden können, wenn bei den heimischen Energiequellen die angenommene Produktionssteigerung wirklich erzielt werden kann. Unterstellt man einmal, die heimische Steinkohlenförderung würde sich bis 1965 über den gegenwärtig erreichten Stand (etwa 134 Millionen t/Jahr) nicht mehr wesentlich steigern lassen, so müßte der Einfuhrbedarf an Energie entsprechend zunehmen. Er würde im Falle des Mittelwertes der Energiebedarfsschätzung statt 45 Millionen t SKE dann 60 bis 65 Millionen t SKE betragen. Die Einfuhrabhängigkeit der Energieversorgung würde 25 v. H. übersteigen und damit die Problematik der Sicherheit der Energieversorgung um so stärker hervortreten. Deshalb richteten sich die Überlegungen besonders auf die Voraussetzungen für eine möglichst große Fördersteigerung der heimischen Steinkohle — als des Hauptenergieträgers — unter

der Bedingung der Wirtschaftlichkeit. Bei dem anderen heimischen Kohlensektor, der Braunkohle, handelt es sich um die grundsätzlich wirtschaftlichste Energiequelle des Bundesgebietes, von der in den kommenden Jahren ein Höchstmaß an Fördersteigerung erwartet werden sollte.

## 10. Investitionen und Arbeitskräfte als Hauptprobleme insbesondere der heimischen Steinkohle

### a) Investitionen

Diese Frage von zentraler Bedeutung wurde hinsichtlich des Umfangs des Investitionsbedarfs der einzelnen Energiezweige bis 1965 und der Möglichkeiten der Finanzierung nicht behandelt. Die Energiewirtschaft brachte jedoch zum Ausdruck, daß sie empfindliche Störungen für die Investitionsfinanzierung sieht, wenn die konjunkturelle Lage die BdL zu restriktiven Maßnahmen zwingen sollte. Übereinstimmung bestand darüber, daß für den Steinkohlenbergbau die Voraussetzungen besonders zu beobachten und zu fördern sind, die in wirtschaftlicher Weise ausreichende Investitionen zur Rationalisierung einschließlich der damit zusammenhängenden Kapazitätserweiterung ermöglichen. Für die Braunkohle gilt das in ähnlicher Weise hinsichtlich des hohen Investitionsaufwandes für die als Ersatz auslaufender Tagebaue in zunehmendem Maße neu aufzuschließenden Tieftagebaue.

Bei der Gestaltung der Investitionen im Steinkohlenbergbau muß heute schon den Erfordernissen nach 1965 Rechnung getragen werden. Deshalb wurde in den Energiebesprechungen die Niederbringung neuer Förderschachtanlagen als notwendig und besonders förderungswürdig bezeichnet, wobei von einer überschaubaren Zahl von 6 bis 8 Neuanlagen gesprochen wurde (einschließlich der 4 im Jahre 1956 bereits geregelten Fälle, vgl. Anmerkung S. 8). Seitens des Vertreters der IG-Bergbau wurde darauf hingewiesen, daß nach seiner Auffassung der Wiederaufschluß eines großen Teils der sogenannten Südrandzechen zeitlich und kostenmäßig vorteilhafter sei als die Schaffung neuer Anlagen in unverritzten Feldern.

### b) Arbeitskräfte

Während der Bedarf an Arbeitskräften für alle anderen Energiezweige weniger ins Gewicht fällt, können Investitionen und Investi-

tionspläne im Steinkohlenbergbau nicht zu dem gewünschten Ziel führen, wenn nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Unzweifelhaft bildet die Arbeitszeitverkürzung im Bergbau einen besonderen Angelpunkt der künftigen Entwicklung. Die Ziele der IG-Bergbau sind bekannt, und es wird von ihrer Seite zum Ausdruck gebracht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau aus begründeten sozialen und wirtschaftlichen Überlegungen angestrebt werde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wird sich andererseits nicht nur kostensteigernd bei den Lohnkosten und den übrigen Produktionskosten auswirken, sondern darüber hinaus die Förderentwicklung beeinflussen, auch wenn die Leistung laufend weiter ansteigt.

Die dadurch entstehenden Zweifel an der Erreichbarkeit der für den Steinkohlenbergbau genannten Produktionssteigerung um 20 Millionen t in den nächsten 10 Jahren lenken andererseits verstärkt den Blick darauf, wie durch eine zweckmäßige und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit Rechnung tragende Förderung der Bergbau-Investitionen ein Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung gefunden werden kann. In diesem Zusammenhang verdient der Hinweis aus dem Kreise des Steinkohlenbergbaus Beachtung, daß künftig die Umsetzungsmöglichkeiten von Arbeitskräften aus unwirtschaftlichen in wirtschaftliche Zechen stärker ausgeschöpft werden müssen.

### Anmerkung

Inzwischen hat im Laufe der vergangenen Monate folgende praktische Entwicklung stattgefunden:

Zum 1. April 1956 erfolgte mit Zustimmung der Bundesregierung die Freigabe der Steinkohlenpreise durch die Hohe Behörde, nachdem diese Preise seit Jahrzehnten mehr oder weniger starken Bindungen unterlegen hatten. Dies war ein entscheidender Schritt zur Einordnung des Steinkohlenbergbaus in das marktwirtschaftliche Geschehen. Damit wurde dem Steinkohlenbergbau die Verantwortung für die Gestaltung der Kohlenpreise ebenso wie der Investitionen in öffentlicher Sicht übertragen.

Für die steuerliche Behandlung der Abschreibungen bei neuen Schachtanlagen konnte in bisher angemeldeten vier Fällen eine auch den



Bergbau zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Dies wird auch für künftige andere Fälle dieser Art zu erwarten sein. — Die vom Finanzministerium in Nordrhein-Westfalen vorgeschlagene günstigere steuerliche Bewertung des Bergbauvermögens unter Tage (Festwerte, Streckennetz) ist verwirklicht worden. — In der Kohlendebatte des Bundestages am 29. November 1956 ist ein Antrag den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung überwiesen worden, in welchem die Bundesregierung u. a. ersucht wird, „zur Schaffung neuer Kapazitäten im Kohlenbergbau und für die bessere Versorgung aller Verbraucher die Erschließung neuer Abbaufelder, das Abteufen neuer Schachtanlagen und die Errichtung von Zentralschachtanlagen steuerlich zu begünstigen“. Diese Frage wird gegenwärtig von den zuständigen Ausschüssen des Bundestages geprüft und läßt ebenfalls eine für den Steinkohlenbergbau günstige Lösung erwarten.

Mitte Februar 1956 ist für Untertage-Bergleute die Bergmannsprämie eingeführt worden, die aus öffentlichen Mitteln gezahlt wird. Sie hat sich als besonders wirkungsvoll für die Heranziehung einer großen Zahl neuer Arbeitskräfte unter Tage erwiesen.

Im Oktober 1956 wurde zwischen den Tarifpartnern ein Abkommen über die Arbeitszeitverkürzung im Steinkohlenbergbau getroffen, welches vorsieht, daß im vierten Quartal 1956 zwei bezahlte Ruhetage, für die Jahre 1957 und 1958 je 12 bezahlte Ruhetage gewährt werden. Die Aufwärtsentwicklung der Steinkohlenförderung dürfte dadurch im Jahre 1957 zunächst eine Unterbrechung erfahren. Die Frage der langfristigen Auswirkung von Arbeitszeitverkürzungen im Steinkohlenbergbau bedarf noch weiterer Prüfung.

#### 11. Die Bedeutung der Einsparung von Primärenergie

In der Schätzung des Energiebedarfs 1965 sind die Einsparungstendenzen, die sich in der Wirtschaft laufend durch steigende Umwandlung der Primärenergie in Sekundärenergie (Strom, Gas, Koks) und durch allgemein rationellere Verwendung der Energie beim Verbraucher vollziehen, insoweit berücksichtigt, als sie im Zeitraum 1950 bis 1954 effektiv

waren. Diese Einsparungstendenzen haben — neben dem Vordringen anderer Energiearten — sehr wesentlich dazu beigetragen, daß im Laufe der letzten 40 Jahre ein ständig und erheblich steigender Energiebedarf gedeckt werden konnte, während andererseits die westeuropäische Steinkohlenförderung in diesem Zeitraum nur unwesentlich zunahm. Die Frage, wie die in der laufenden Entwicklung an sich vorhandene stete Tendenz der Energieeinsparung in Zukunft besonders gefördert werden könnte, wurde noch nicht vertieft.

Einen speziellen Ansatzpunkt zur Einsparung von Kohle bei der Energieerzeugung stellt die Zechenkraftwirtschaft dar. Durch ihre Modernisierung und bei Ausschaltung aller unwirtschaftlichen Zechenkraftwerke könnte der heute 7,4 v. H. der Steinkohlenförderung betragende reine Zechenselbstverbrauch auf 4 v. H. vermindert werden, was einer Einsparung von mehr als 4 Millionen t Steinkohle entspricht.

Auf der Seite des Energieverbrauchs bietet die Bundesbahn ein ähnliches Beispiel für eine künftige Einsparung von Kohle in sehr erheblichem Ausmaß durch den Übergang zur Elektrifizierung und den zunehmenden Einsatz von Diesel-Lokomotiven.

Abschließend zu diesem Punkt trat in den Energiebesprechungen deutlich in Erscheinung, daß künftig ganz besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten ist, wie allgemein die Ausnutzung der verfügbaren Energiemengen gefördert und gesteigert werden kann. Die Problematik der künftigen Deckung des Energiebedarfs zwingt mehr denn je dazu, Energie möglichst sparsam einzusetzen, um mit den verfügbaren Mengen den höchstmöglichen Wirkungsgrad zu erreichen und dadurch wiederum die Einfuhr von Energie zu verringern. Insbesondere wird es darauf ankommen, eine größtmögliche Umschichtung des Kohlenverbrauchs weg von der Verwendung mit schlechtem Wirkungsgrad und hin zur Verwendung mit bestem Wirkungsgrad zu erreichen.

## Anlage

### Primärenergiebilanz 1965/66 für das Bundesgebiet einschließlich des Saarlandes

#### 1. Entwicklung des Bedarfs an Primärenergie

Der gedeckte Bedarf 1954/55 für den Inlandsverbrauch und die Ausfuhr betrug rd. 206 Millionen t SKE, wovon auf die Bundesrepublik 188 Millionen t und auf die Saar 18 Millionen t entfielen.

Von 1954/55 ausgehend, ergibt sich unter Zugrundelegung einer Steigerung um 2,8 v. H. im Durchschnitt der kommenden Jahre eine Schätzung des Primärenergiebedarfs der Bundesrepublik einschließlich des Saarlandes von rd. 270 Millionen t SKE als Mittelwert für das Jahr 1965/66.

#### 2. Entwicklung des Angebots an Primärenergie aus heimischen Quellen

	<u>1954/55</u>	<u>1955/56</u>	<u>Schätzung</u>
	<u>effektiv</u>	<u>effektiv</u>	<u>1965/66</u>
Steinkohle BR in Millionen t	130	132,9	150
desgleichen Saar in Millionen t	17	17,4	21
Rohbraunkohle in Millionen t	89	91,8	121
Erdöl in Millionen t	2,8	3,2	5,5
Wasserkraft Milliarden kWh	11	12	17
übrige Quellen (Pechkohle, Brennholz, Torf) in Millionen t	6,2	8	6,2
Erdgas in Millionen cbm	150	240	800
Bestandsentnahme in Millionen t	2	-	-

Das ergibt in SKE  
umgerechnet eine

Summe von insgesamt

184 Mill. t	190 Mill. t	223 Mill. t
für	für	für
1954/55	1955/56	1965/66
(effektiv)	(effektiv)	(Schätzung)

#### 3. Schätzung der durch Einfuhren 1965/66 zu deckenden Energiefehlmengen

Im Jahre 1954/55 mußten für die Bundesrepublik und die Saar rd. 22 Millionen t SKE des Gesamtbedarfs an Primärenergie (206 Millionen t SKE) eingeführt werden. Der Primärenergiebedarf von 270 Millionen t 1965/66 könnte nach den unter 2. gemachten Angaben mit 223 Millionen t SKE aus heimischen Energiequellen, einschließlich derjenigen des Saarlandes, gedeckt werden, so daß 47 Millionen t SKE in Form von Primär- oder Sekundärenergie einzuführen wären.